

Bürgerinitiative will bessere Beteiligung

Forderungskatalog zur Wasserstadt vorgelegt

VON CONRAD VON MEDING

Im Ringen um die Bebauung der geplanten Wasserstadt Limmer fordert die Bürgerinitiative (BI) von der Stadt eine intensivere Bürgerbeteiligung. Die Aktivisten haben einen Fünfpunkteplan vorgelegt. „Wir erwarten, dass die Gesamtplanung wirklich auf null zurückgesetzt wird“, sagte BI-Sprecher Uwe Staade gestern. Die Stadt müsse „wirklich bereit sein, Vorschläge der Bürger anzunehmen und von der bisherigen Planung abzurücken“.

In Limmer soll die alte Industriebrache der Conti zwischen Leineabstiegskanal und Stichkanal nach zwölfjähriger Vorbereitungszeit zum Wohngebiet umgewandelt werden. Die Stadt allerdings schlägt seit Kurzem vor, statt der ursprünglich geplanten 650 Wohnungen und Einfamilienhäuser nun bis zu 2200 Einheiten zu bauen. Bei der BI löst die deutlich dichtere Bebauung mit teilweise sogar achtstöckigen Gebäuden große Sorgen aus.

Die Stadt hat auf Druck auch der Ratsfraktionen jetzt ein verbessertes Konzept zur Bürgerbeteiligung vorgelegt, das unter anderem vorsieht, die Planungen und alle Gutachten in zwei öffentlichen Veranstaltungen vorzustellen. Änderungswünsche der Bürger sollen dann vor den politischen Beschlüssen nicht verwaltungsmäßig bewertet, sondern in Workshops mit der Sanierungskommission und Kommunalpolitikern beraten werden – dieses Verfahren ist neu für Hannover.

Die BI fordert aber mehr. Sie will, dass öffentlich nicht nur die aktuelle Planung vorgestellt wird, sondern auch die Ursprungsplanung. Zudem dürfe die Stadt nicht schon in Kürze den ersten Bauabschnitt zur Bebauung freigeben, sagte Staade: „Allein dort sollen nach neuester Planung rund 600 Wohnungen entstehen, genau diese Verdichtung wollen wir nicht.“ Gefordert werden ferner zwei Sonderworkshops für Interessierte, in denen die Planung vertieft wird. „Und dann wird natürlich die Frage sein, wie weit die Kompetenzen des neuerdings zugesagten Anwaltsplaners sein werden“, sagte Staade.

Über die Form der Beteiligung sollen nach Ostern die politischen Gremien abstimmen.